

Ökonomisierung des Sozialen und deren Auswirkungen auf die psychosoziale Arbeit

Prof. i.R. Dr. rer. pol. Walter Hanesch,
Hochschule Darmstadt

DGSP/HDA: Überleben in der
psychosozialen Arbeit“
19.5.2015 in Darmstadt

Übersicht

1. Fragestellungen
2. Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen
3. Ziele und Leitbilder des „aktivierenden Staates“
4. „Neue Steuerung“ der Wohlfahrtspflege
5. Der Handlungsauftrag der psychosozialen Arbeit
6. Psychosoziale Arbeit in Zeiten der Ökonomisierung
7. Ausblick

Fragestellungen

- Die Aufgabe der psychosozialen Arbeit besteht u.a. darin, Menschen in ihrer alltäglichen Lebensführung zu begleiten und sie in belastenden Situationen zu unterstützen – ohne ihnen die Verantwortung für das eigene Handeln zu nehmen.
- Ihre Aufgabe ist vor allem dann bedeutsam, wenn Menschen nicht ohne Unterstützung in der Lage sind, notwendige Ressourcen wahrzunehmen, abzurufen und einzusetzen, um ihre Lebensprobleme bewältigen zu können.
- Insgesamt handelt es sich um einen sehr heterogenen Bereich. Auf die unterschiedlichen Handlungsfelder, Institutionen, Berufsgruppen und Klientengruppen möchte ich nicht weiter eingehen. Sie sind mit ihnen vermutlich besser vertraut als ich. Und heute Nachmittag werden Sie ja vertiefend diese Thematik bearbeiten.

Fragestellungen

- Die psychosoziale Arbeit wird durch einen Prozess der „Ökonomisierung der Gesellschaft“ in dreifacher Hinsicht erschwert, auf den ich in meinem Beitrag näher eingehen möchte:
 - Dabei geht es zum einen um eine zunehmende Durchdringung gesellschaftlicher Lebensbedingungen und Lebenszusammenhänge der Klienten durch die (Markt-)Ökonomie.
 - Zum anderen geht es um eine marktorientierte Neuinterpretation der sozialstaatlichen Ziele und Leitvorstellungen – zugespitzt im neuen Paradigma des „aktivierenden Staates“.
 - Schließlich geht es um eine veränderte – externe und interne – Lenkung und Steuerung sozialer Dienste, die sich in den unmittelbaren Handlungsbedingungen der psychosozialen Arbeit niederschlägt („Neue Steuerung“).
- Im Folgenden werde ich versuchen, diese Zusammenhänge zu skizzieren und deren Auswirkungen darzustellen und zu diskutieren

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Die Problemstellungen der Klienten psychosozialer Arbeit sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund wachsende (Flexibilitäts-)Anforderungen einer gesellschaftlichen Modernisierung an das Individuum zu verstehen.
- Diese Modernisierung ist vor allem durch Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse und deren Folgen und Zumutungen für die Individuen gekennzeichnet.
- Die wachsende gesellschaftliche Komplexität geht einher mit einer Erosion traditioneller Milieus, Lebensformen und normativen Orientierungen,
 - die einerseits die individuellen Wahlmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zumindest potentiell erweitert,
 - andererseits aber auch als Verlust an Sicherheit und Geborgenheit erlebt wird.
- Diese Prozesse werden jedoch ergänzt und überlagert durch eine zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft, von der mehr und mehr Lebensbereiche erfasst und durchdrungen werden.

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Tatsächlich vollzieht sich – insbes. seit den 90er Jahren – eine anhaltende gesellschaftliche Spaltung, die auf Dauer unsere Gesellschaft zu zerreißen droht:
 - Sie kommt zum Ausdruck in einer zunehmend ungleichen Verteilung von ökonomischen Ressourcen (Vermögen und Einkommen) und setzt sich fort in der Polarisierung von Lebenslagen und Lebenschancen.
 - Ein Indikator hierfür ist der langsam aber stetig wachsende Anteil der Menschen, die unter der Armutsschwelle leben müssen.
 - Ein weiterer Indikator ist aber auch der wachsende Anteil an Erwerbstätigen, die nur noch als prekär Beschäftigte einen Job finden – und deren Erwerbsbiografien immer instabiler werden.
 - Stabile Beschäftigungsformen und –lagen findet nur noch Mitglieder der schrumpfenden Kernbelegschaften in den weltmarktorientierten Kapitalgesellschaften (und in Teilen der öffentlichen Verwaltung).

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Die Globalisierung – d.h. das weltmarktorientierte Wachstum und die Vernetzung der nationalen kapitalistischen Ökonomien - hat den Wettbewerbsdruck rapide erhöht und hängt als Damoklesschwert über allen Branchen/Unternehmen.
- Tatsächlich gehört aber gerade die deutsche (Privat-)Wirtschaft zu den Gewinnern der Globalisierung: Jahr für Jahr wächst der Exportüberschuss, mit dem wir die Welt beglücken.
- Während aber die steigenden Gewinne privatisiert werden, werden die Risiken auf die Beschäftigten und ihre Angehörigen überwältigt.
- Als Folge dessen wächst der ökonomische Druck für die Menschen als Erwerbstätige – sei es als steigender Flexibilitätsdruck am Arbeitsmarkt, sei es als wachsende materielle Risikolagen – nicht zuletzt durch den expandierenden Niedriglohnsektor.

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Dabei gilt: Nach wie vor wird unsere (Privat-)Wirtschaft und unsere Gesellschaft immer reicher – auch im internationalen Vergleich – dieser materielle Reichtum konzentriert sich aber immer stärker auf bestimmte Funktions- und Bevölkerungsgruppen!
- Vor dem Hintergrund dieser zunehmenden Polarisierung nehmen materielle Problemlagen für wachsende Teile der Gesellschaft immer weiter zu:
 - Selbst die Mittelschicht kann heute nicht mehr darauf vertrauen, davor verschont zu werden.
 - Umso mehr nimmt das Bestreben zu, um jeden Preis zu den Gewinnern des gesellschaftlichen Wandels zu gehören.
 - Für die Verlierer wird es dagegen immer schwieriger, am gesellschaftlichen Wohlstand zu partizipieren – zugleich wird es immer schwieriger, der verfestigten Ausgrenzung wieder zu entkommen.
- Folge: Der Hilfebedarf als Herausforderung für den deutschen Sozialstaat nimmt rapide zu – Frage: Wie reagiert unser deutsches Sozialstaatsmodell auf diese Entwicklung?

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Aber zunächst ein Blick auf den Wandel, den unsere Sozialnormen und Sozialbeziehungen in den letzten beiden Jahrzehnten durchlaufen haben:
- Zu beobachten ist das Aufkommen eines neuen gesellschaftlichen Leitbilds des aktiven, mündigen Bürgers, der für sein Schicksal selbst verantwortlich ist – wer dazu nicht in der Lage ist, passt nicht in den neuen gesellschaftlichen Mainstream und gerät immer mehr in einen fatalen Rechtfertigungszwang.
- Dem entspricht das normative Leitbild des Bürgers als „homo öconomicus“, der kühl kalkulierend seinen individuellen Vorteil sucht und durchsetzt – im Zweifel auch auf Kosten anderer!
 - Propagiert und bewundert wird der „Egoist“, verniedlichend das „Cleverle“, der sich durchzusetzen weiß... In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gelten gerade die 90er Jahre als das „Zeitalter der Gier“!
 - Gemeinnütziges, altruistisches Verhaltensmuster werden zwar rhetorisch immer wieder von Seiten des Staates von den Bürgern eingefordert. In der Praxis gelten sie jedoch – auch in der öffentlichen Medien - eher als fragwürdig, verdächtig, einfältig oder gar dumm...

Zunehmende Ungleichheit der Ressourcen- und Lebenslagen

- Entsprechend verändern sich auch die sozialen Beziehungsmuster:
 - Der Zwang, erfolgreich zu sein, zu den Gewinnern zu gehören, wird immer größer, Verlierer werden nicht toleriert und ausgegrenzt.
 - Folge: Wer nicht klar kommt mit der Gesellschaft und mit sich, holt sich Rat und Hilfe nicht mehr bei Freunden, sondern bei professionellen Beratern/Einrichtungen. Der Markt für „Sorgearbeit“ profitiert davon und wächst immer weiter – eine Chance für die dort tätigen Profis, ein Armutszeugnis für die Gesellschaft.
 - Wer sich das nicht leisten kann, oder sich dem nicht aussetzen will, dem bleibt in der Regel nur der Rückzug auf sich selbst, nach innen...
 - Das Zusammentreffen von Individualisierung und Ökonomisierung schafft somit ein höchst brisantes psychosoziales Klima
 - Kein Klima, das zu einer Zunahme sozialer Konflikte und politischen Auseinandersetzungen führen wird,
 - Sondern ein Klima, das eher die psychosozialen Probleme und Konflikte zu verschärfen droht – kein offener, sondern ein schleichender, verdeckter Tsunami...

Ziele und Leitbilder des „aktivierenden Staates“

- Seit Anfang des letzten Jahrzehnts ist mit der Agenda 2010 eine Umorientierung des deutschen Sozialstaatsmodells eingeleitet worden.
- Im Mittelpunkt steht das Paradigma des „aktivierenden Staates“: Hilfebedürftige sollen nicht mehr vorrangig mit sozialstaatlichen Leistungen versorgt werden, sondern sollen zur „Hilfe durch Selbsthilfe“ aktiviert werden.
- Die gesamten sozialstaatlichen Leistungen werden seitdem umgebaut, wobei
 - Materielle Sicherungsleistungen zunehmend auf Hilfe für Bedürftige im Sinne von Mindestsicherungsleistungen beschränkt werden und
 - Leistungen zur (Wieder-)Eingliederung in Erwerbsarbeit und zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit absoluten Vorrang besitzen.
 - Das hat in der Alterssicherung und in der Sicherung für Arbeitslose eingesetzt und setzt sich zunehmend auch in anderen Sicherungsbereichen fort.

Ziele und Leitbilder des „aktivierenden Staates“

- Vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich steht das Marktmodell immer stärker im Vordergrund.
 - Eine unzureichende sozialstaatliche Basissicherung muss durch Leistungen des Marktes oder – wer sich das nicht leisten kann – durch privates Engagement aufgestockt und ergänzt werden.
 - Und auch bisher noch geschützte Bereiche werden immer stärker dem Druck des Marktes und der Kosteneffizienz ausgesetzt.
- Insgesamt konzentrieren sich die Leistungen zunehmend auf diejenigen, die (noch) als aktivierbar gelten.
- Demgegenüber ist das (Versorgungs-)Schicksal der nicht (mehr) aktivierbaren immer mehr in Frage gestellt.
- Auch von der EU-Ebene wird mit dem Leitbild des „Social Investment State“ vor allem die Konzentration auf diejenigen gefordert, die noch als Aktivierbar gelten...

Ziele und Leitbilder des „aktivierenden Staates“

- Analysen der tatsächlichen Aktivierungspolitik zeigen allerdings,
 - dass sich einerseits der Eingliederungsdruck erhöht hat – immer mehr Gruppen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, werden aktiviert.
 - Andererseits wächst das Risiko, als nicht mehr eingliederbar etikettiert und ausgesteuert zu werden, mit der Folge, sowohl in der materiellen Absicherung als auch mit sozialen Versorgungsleistungen schlechter gestellt zu werden.
- Dazu trägt bei, dass der Aktivierungsansatz zwar immer mehr ausgeweitet wird – auf der anderen Seite wird aber immer stärker kalkuliert, bei wem sich die Aktivierung noch lohnt.
 - So werden heute – 10 Jahre nach Einführung von Hartz IV – Langzeitarbeitslose sehr viel weniger in Eingliederungsprogramme einbezogen als früher.
 - Statt dessen konzentrieren sich die Eingliederungsmaßnahmen auf die Gruppen, bei denen sich „der Aufwand noch lohnt“.

Ziele und Leitbilder des „aktivierenden Staates“

- Insgesamt ist seit Anfang der 90er Jahre die Sozialleistungsquote (Anteil Sozialleistungen am BIP) – die zuvor durch die Wiedervereinigung hochgeschneit war - kontinuierlich zurückgefahren worden. Der Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, der für sozialpolitische Zwecke eingesetzt wird, geht immer weiter zurück...
- Mit dem Argument, nur dadurch sei die internationale Wettbewerbsposition Deutschlands aufrechtzuerhalten, werden in regelmäßigen Abständen Steuern und Abgaben gesenkt – vor allem für die sog. „Leistungsträger“ der Besserverdienenden.
- Parallel dazu trägt die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse dazu bei, einen Anstieg der öffentlichen (Sozial-)Ausgaben zu unterbinden.
- In den letzten Jahren hat sich der fiskalische Konsolidierungsdruck vor allem auf die Kommunen konzentriert, die für die Finanzierung der sozialen Infrastruktur zuständig sind.
- Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für die Erbringung sozialer Dienste kontinuierlich verschlechtert.

„Neue Steuerung“ der Wohlfahrtspflege

- Vor diesem Hintergrund hat auch im Bereich der Sozialen Dienste eine sozialpolitische Neuorientierung eingesetzt:
- Traditionell wurden im deutschen Sozialmodell - ausgerichtet am sozialpolitisch definierten Bedarf - von der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Soziale Dienste bereit gestellt.
- Im Zuge der Ökonomisierung ist diese Bedarfssteuerung zunehmend zurückgedrängt worden. Stattdessen haben mit der sog. „Neuen Steuerung“ betriebswirtschaftliche Lenkungs- und Steuerungsprinzipien Einzug in den Sozialen Diensten gehalten.
 - So wird die Rolle der öffentlichen Verwaltung zunehmend auf die Beauftragung, Finanzierung und Koordinierung sozialer Dienste beschränkt.
 - Die Bereitstellung sozialer Dienste wird statt dessen über wettbewerbsrechtliche Vergabeformen gesteuert.
 - Die freien und privaten Träger sehen sich dadurch dem Druck ausgesetzt, in möglichst kosteneffizienter Form Leistungen zu erbringen.
 - Da der Wettbewerb vor allem über den Preis stattfindet , spielen Qualitätskriterien – wenn überhaupt - nur eine nachrangige Rolle.

„Neue Steuerung“ der Wohlfahrtspflege

- Auch gemeinnützige Träger sehen sich daher gezwungen, sich zu markt-förmigen Dienstleistungsunternehmen weiterzuentwickeln.
 - Zu diesem Selbstverständnis als Dienstleister gehört es, Leistungen für Kunden zu erbringen, über deren Erfolg auf der Basis quantifizierbarer Indikatoren entschieden wird.
- Dabei sehen sich die Träger aber mit zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert:
 - Die Leistungsverträge gleichen in den Entgelten immer weniger die steigenden Personalkosten aus.
 - Eine hohe Belegung/Auslastung muss gesichert sein, um überhaupt noch „über die Runden zu kommen“.
 - Die Kostenträger versuchen, den Anstieg der Kosten sozialer Dienste zu begrenzen: Es kommt zur Zunahme von „Verschiebebahnhöfen“.
 - Dadurch verschlechtert sich nicht nur die Qualität der Leistung für die Adressaten, sondern auch das Personal gerät immer stärker unter Druck.

„Neue Steuerung“ der Wohlfahrtspflege

- Die „Neue Steuerung“ in der Verwaltung und bei Sozialverbänden ist aber auch mit einer Veränderung der innerbetrieblichen Lenkungsformen verbunden.
 - Die bisherige hierarchische Lenkungsform wird durch ein sog. Kontraktmanagement ergänzt (oder ersetzt), bei dem zwischen Leitung und Mitarbeitern Vereinbarungen über Ziele, Budgets und zu erreichende Ergebnisse getroffen werden.
 - Damit wird es zu einer (selbst-)verpflichtenden Aufgabe der nachgeordneten Einheiten (Abteilungen, Fachkräfte), Verantwortung für das Erreichen der Ziele zu übernehmen.
 - Damit wird neben der fachlichen Aufgabe zugleich eine Management-Verantwortung übernommen.
- Das Effizienz- und Kostendenken soll von den Mitarbeitern verinnerlicht werden – der Manager als universelles Leitbild wird selbst in die psychosoziale Arbeit hinein verlagert.
- Das Abwägen angemessener Unterstützungsformen für den Klienten wird ergänzt (und überlagert?) durch Kosten-Nutzen-Überlegungen.

Der Handlungsauftrag psychosozialer Arbeit

- Wie macht sich das bemerkbar? Dazu möchte ich als Beispiel den Wandel der Begrifflichkeit vom „Klienten“ zum „Kunden“ hervorheben!
- Der Klientenbegriff war und ist als Denksymbol vertrauter und sinnstiftender Bestandteil des professionellen Selbst- und Handlungsverständnisses der im psychosozialen Feld arbeitenden Fachkräfte.
- Der sich auch in diesem Handlungsfeld ausbreitende Kundenbegriff ist aus der Marktökonomie übernommen und hat dort eine Bedeutung, die den Bedingungen des psychosozialen Felds extrem widerspricht.
 - Im Leitkonzept der Marktwirtschaft ist der Kunde ein kühl kalkulierender „Homo Ökonomicus“: Die Klienten (psycho-)sozialer Arbeit sind aber in aller Regel gerade nicht (oder zumindest vorübergehend nicht) in der Lage, ihr Leben ohne Unterstützung zu führen und ihre Probleme zu bewältigen.
 - Zudem ist diese Begriffsverwendung falsch, da nicht der Klient, sondern der öffentliche Geldgeber der Kunde ist – entscheidet doch dieser, wieviel und welche Art von Unterstützung für welche Gruppen und Problemlagen bereitgestellt werden soll.
 - In der Alltagspraxis klaffen aber Kunden- und Klienteninteresse immer mehr auseinander – umso gefährlicher ist diese Vermischung der Begriffe...

Der Handlungsauftrag psychosozialer Arbeit

- Ich möchte aber davor warnen, die psychosoziale Arbeit zu idealisieren und so zu tun, als würden alle Probleme erst mit der Ökonomisierung entstehen.
- In vielen Darstellungen der psychosozialen Arbeit wird ihre idealistische Zielsetzung unterstellt, die der Ambivalenz sozialarbeiterischer Realität nicht gerecht wird.
- Psychosoziale Arbeit hatte und hat zwar einen unterstützenden Auftrag, der an den Problemstellungen und Nöten der Klienten orientiert ist – das muss auch so sein, sonst würde sie nicht funktionieren können: Beratung und Therapie sind untrennbar mit Beziehungsarbeit verbunden, die gemeinsam in enger, wechselseitiger Kooperation mit dem Klienten stattfinden.
- Aber Soziale Arbeit hatte und hat auch immer Aufgaben zu erfüllen, die am Interesse der Gesellschaft ausgerichtet waren/sind: Z.B.
 - Sie erhält die Auswahl/Abgrenzung ihrer Klienten wie ihren Handlungsauftrag per Gesetz/Verordnung vorgegeben.
 - Sie muss sich mit unzureichenden Mitteln und problematischen „settings“ arrangieren.
 - Indem sie Klienten begutachtet, trägt sie dazu bei, Lebenschancen zu selektieren.
 - Ihre Empfehlungen zur weiteren Unterstützung/Versorgung folgen häufig einer perversen Logik: Je negativer die Diagnose, desto größer die Chance auf Hilfe, desto größer aber auch die Gefahr einer langfristigen „Etikettierung“.
 - Indem sie unterstützt und integriert, müssen sie zugleich befrieden und soziale Kontrolle ausüben etc.

Der Handlungsauftrag psychosozialer Arbeit

- Durch den wachsenden Ökonomisierungsdruck der beiden letzten Jahrzehnte treten die Spannungen, Widersprüche und Konflikte auch in der psychosozialen Arbeit klarer zutage, die aber vorher bereits angelegt waren.
- Damit werden zentrale Fragen für die psychosoziale Arbeit zugespitzt
 - In welche gesellschaftlichen Strukturen und Räume kann und soll (re-)integriert werden, wenn die Gesellschaft immer stromlinienförmiger wird und die Anforderungen des Arbeitsmarkts den Einzelnen, die Familien und die Sozialbeziehungen überlasten...?
 - Wie kann eine klientenorientierte Arbeit aussehen, wenn immer weniger Ressourcen für die psychosoziale Arbeit bereit gestellt werden und der Anforderungs- und Erfolgsdruck von Politik und Träger an die Fachkräfte immer größer wird?
 - Wie kann der Unterstützungsprozess begleitet und gestützt werden, wenn die materielle Absicherung der Klienten immer schlechter wird und die gesellschaftlichen Schonbereiche immer mehr verknappt bzw. ausgetrocknet werden?

Psychosoziale Arbeit in Zeiten der Ökonomisierung

- Damit stellt sich die Frage, wie die Träger und die Fachkräfte in der psychosozialen Arbeit mit diesen Spannungen umgehen sollen und können?
- Eine erste Möglichkeit besteht darin, sie zu ignorieren und zu tabuisieren: Es gibt ja viele, die die Ökonomisierung vorrangig als positiv ansehen – und gerade für die therapeutischen Berufe bis in die Managementberatung wächst der Markt ja nach wie vor – wie überhaupt der gesamte Wohlfahrtssektor ja immer weiter wächst – das macht es manchmal schwer, die gleichzeitig stattfindenden Veränderungen wahrzunehmen und zu reflektieren.
- Eine andere Möglichkeit besteht darin, den fachlichen Diskurs – wie hier auf der Tagung – anzustoßen bzw. weiter zu führen. Aber gibt es überhaupt Ansatzpunkte, die im Einfluss- und Verantwortungsbereich der Träger und Fachkräfte liegen?

Psychosoziale Arbeit in Zeiten der Ökonomisierung

- Mögliche Ansatzpunkte könnten z.B. die folgenden sein:
 - Forderungen der Sozialverbände an Bund und Länder: Das Konzept der sozialen Aktivierung muss durch das der sozialen Absicherung ergänzt und flankiert werden.
 - Darüber hinaus müssen eigenständige Ziele für die Gruppen formuliert werden, die derzeit nicht oder (generell?) nicht mehr aktivierbar sind.
 - Auch wenn Menschen ökonomisch bzw. am Arbeitsmarkt nicht (mehr) verwertbar sind, haben sie das Recht auf eine angemessene soziale Absicherung und Integration!
 - Auch dafür müssen die entsprechenden finanzielle Budgets zur Verfügung gestellt werden.
 - Bei der Mittelvergabe und Beauftragung von Trägern dürfen nicht ausschließlich ökonomisch-fiskalische Aspekte im Vordergrund stehen.
 - Vielmehr muss die Qualität einer bedarfsgerechten Unterstützung und Versorgung als mindestens gleichwertiges Kriterium herangezogen werden.

Psychosoziale Arbeit in Zeiten der Ökonomisierung

- In der laufenden Arbeit muss die ökonomische Steuerung klar von der fachlichen Steuerung getrennt werden und.
- Zugleich darf der in der Regel individuumzentrierte Arbeitsansatz nicht von der Arbeit mit dem sozialen Kontext getrennt werden: Gemeinwesen-orientierten Ansätzen sollte mehr denn je eine hoher Stellenwert beigemessen werden.
- Offen bleibt dabei die übergreifende Frage, wie die Gesellschaft insgesamt und die kleinen sozialen Netze intakt und funktionsfähig bleiben können:
 - wie kann es gelingen, dem Zugriff der Ökonomisierung/Verwertung wirksame Grenzen zu setzen und lebenswerte Lebensräume und Beziehungsmuster zu erhalten und weiterzuentwickeln.
 - Das kann und muss vorrangig auf der Ebene der Städte und Quartiere angegangen werden und erfordert breite Bündnisse für lebenswerte städtische Gemeinwesen!
- Für die psychosoziale Arbeit bedeutet dass,
 - dass sie nicht nur gefordert ist, sich für angemessene Ressourcen und Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz einzusetzen
 - Sondern auch Verantwortung für die Gestaltung von städtischen Lebensräumen zu übernehmen.

Ausblick

- Der gesellschaftliche und politische Umbruch, den ich darzustellen versucht habe, steht in einem engen Zusammenhang mit dem weltweiten Umbruch, der vor 25 Jahren mit dem Fall des eisernen Vorhangs eingeleitet wurde.
- Mit dem welthistorischen Sieg des westlichen, demokratischen Kapitalismus hat ein Prozess eingesetzt, in dem sich dieses System allmählich verändert:
 - Die Elemente der sozialstaatlichen Regulierung werden schrittweise zurückgenommen, das Element des Sozialen erodiert.
 - Als Phönix aus der Asche tritt hervor ein zunehmend reiner, ungebremster weltweit agierender Kapitalismus, der nur noch seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt (und dessen Krisen immer unkalkulierbarer und ungebremster auftreten).
 - Die ehemals als soziale Zugeständnisse eingeführten Elemente von Sozialstaatlichkeit werden immer mehr in Frage gestellt – gleichzeitig wachsen die Zweifel, ob das wieder zurück gekehrte kapitalistische Marktsystem auf Dauer mit den normativen Postulaten von Menschenrechten und Demokratie vereinbar ist.
- Aber diese Diskussion hat in Deutschland noch nicht begonnen... Noch fühlen wir uns ja als Gewinner dieses Wandels – dass das nur für kleine Teilgruppen zutrifft, will man noch nicht sehen.

Ausblick

- Sicherlich kann man für eine komplexe gesellschaftliche Entwicklung wie die „Ökonomisierung“ keine einfachen Lösungen anbieten.
- Wichtig ist es mir, deutlich zu machen, dass wir uns gegenwärtig in einer Phase des schleichenden gesellschaftlichen und politischen Umbruchs befinden.
- In der die Risiken wachsen, dass die Strukturen zerstört werden, auf deren Funktionieren eine humane, solidarische Gesellschaft dringend angewiesen ist:
 - Wachsen schon durch den Prozess der wachsenden gesellschaftlichen Komplexität und Modernisierung die Zumutungen an die Individuen.
 - So potenzieren sich durch die Ökonomisierung die Gefahren vor allem für die Menschen, die in keinen Verwertungszusammenhang passen.
 - Soll deren gesellschaftliche Ausgrenzung nicht durch die sozialen Dienste reproduziert werden, bedarf es eines Selbst- und Handlungsverständnis in diesen Diensten, die über die reine Fachlichkeit hinaus reicht und sich den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen stellt.